

Einhaltung der Millennium-Entwicklungsziele durch Baden-Württemberg

Wie erst jetzt bekannt wurde, beschloss das Land Baden-Württemberg bei der Verabschiedung des Haushaltes 2007/2008 Ende vergangenen Jahres, dass sämtliche Gelder für Entwicklungshilfe gestrichen werden. Nur noch Stipendien für Hochschul- und Forschungspartnerschaften sowie Exportförderung zugunsten heimischer Betriebe werden bezuschusst.

Diese Entscheidung der Landesregierung und des Landtags ist völlig unsolidarisch mit den Armen dieser Welt. Außerdem ist es ein schlechtes Signal für alle übrigen Bundesländer, wenn eines der reichsten Länder die Entwicklungshilfe einfriert. Und das, obwohl Baden-Württemberg noch 2004 eine Entschließung der Bundesländer mitgetragen hat, durch freiwillige Leistungen die Armut zu halbieren. Außerdem versprach die CDU und FDP im Koalitionsvertrag, das Engagement nachhaltig fortzusetzen. Jetzt sind sie wortbrüchig geworden! Dies bedeutet einen riesigen Imageverlust für Baden-Württemberg bei ihren Bürgern, vor allem aber im Ausland, speziell in den unterentwickelten Ländern, wenn es mit solcher Hartherzigkeit die Bedürftigen mit einem Federstrich ihrer Entwicklungschancen beraubt.

Das Argument, dass unser Land keinen finanziellen Spielraum mehr habe, zieht hier nicht. Denn ein Vielfaches im Vergleich zur Entwicklungshilfe (rund 20 Mill. Euro in den 1990er Jahren) wird für Prestigeobjekte wie „Neue Messe Stuttgart“, demnächst „Stuttgart 21“ und bereits in ernster Diskussion der Bau eines neuen Landtagsgebäudes, ausgegeben. Zudem bescheinigt aktuell der Rechnungshof, dass Baden-Württemberg in der öffentlichen Verwaltung rund 300 Millionen Euro verschwendet und die Landesbehörden im Gegensatz zu den Kommunen keinen Eifer in der Umsetzung von Sparmaßnahmen zeigen.

Als katholischer Verband, der seit Jahrzehnten in vielen Entwicklungsländern Projekte initiiert und finanziert bzw. mitfinanziert, fordern wir deshalb im Namen dieser vergessenen Menschen, die keine Stimme haben, die Landesregierung, die Koalitionsparteien und alle Fraktionen im Landtag auf:

Halten Sie Ihr Versprechen! Handeln Sie ethisch und erfüllen Sie die beschlossenen Millennium-Entwicklungsziele:

- Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
- Primarschulbildung für alle
- Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
- Senkung der Kindersterblichkeit
- Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern
- Erfolgreiche Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten
- Sicherung der Ökologischen Nachhaltigkeit
- Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung

Stuttgart, 24. April 2007

für die Diözesanversammlung und den Diözesanvorstand

Barbara Baumann
Diözesanvorsitzende